



*B. Berlin von unserer
Wahlprüfung mitteilt*

MB

SCHWEIZERISCHE HANDELSMISSION IN DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

BERLIN, den 14. November 1972

Kopie ging an: JD.

Ref.: 463.0
361.0

cn	MB	JR	FK				
Del	KE/vm						
Vize	MB						
EPD	20. Nov. 1972						
VERTRAULICH	p.B. 15. 11. A. 2.						

Abteilung für politische
Angelegenheiten des Eidgenössischen
Politischen Departementes

3003 B e r n

p.B. 51. 33. 10. A. 1.

Antrittsbesuche/vorgesehene Expertengespräche

Herr Botschafter,

Abmachungsgemäss wurde ich am Donnerstag Nachmittag vom stellvertretenden Aussenminister (einer von fünf) Dr. Ernst Scholz zum Antrittsbesuch empfangen. Das Gespräch wurde von ihm ostentativ persönlich geführt und ging politisch nicht weiter als bis zu Hinweisen auf den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen Bahr/Kohl, "was ja nun auch die Sachen für die Schweiz einfacher gestalte" (Scholz). Nach ca. 15 Minuten liess er indessen die Katze aus dem Sack: falls ich einverstanden sei, könnte man den unverbindlich vorgesehenen Besuch beim Aussenminister gleich jetzt anschliessend absolvieren, Herr Winzer wäre frei. - Ich habe Ihnen bereits letzte Woche erläutert, aus welchen prinzipiellen Ueberlegungen ich dem (wie gesagt nur unverbindlich gemachten) Vorschlag zu einem solchen Besuch nicht mehr opponieren zu sollen glaubte; die jetzige unvermittelte Einladung abzulehnen, wäre zudem wohl etwas brüsk gewesen (wozu kein Anlass vorlag).

Auch Aussenminister Otto Winzer gab sich ostentativ fründlich, ging aber doch unverzüglich "in medias res politicas". Die soeben erfolgte Paraphierung des Grundvertrages mit der BRD stelle die prompte Bewahrheitung dessen dar, was er seinerzeit Herrn Minister Miesch vorausgesagt habe. Das Vertragswerk werde nun wohl auch das Verhältnis Schweiz - DDR günstig beeinflussen; er hoffe, dem sei trotz einer soeben eingelaufenen DPA-Meldung so (die er vorlegte und worin es hiess, in Bern habe man auf Befragen hin erklärt, die Paraphierung des Grundvertrages bedinge vorläufig keine Aenderung der schweizerischen Haltung gegenüber der DDR, es bestehe kein fester Zeitplan für die Anerkennung, aber die Frage sei akut). Winzer fuhr fort, sowohl in der Schweiz

** Artikel, Aufstellung in Botschaft ab 9.12.72
mündlich zu übertragen.*

3.12.72

- 2 -

wie in Wien habe man ihm übereinstimmend versichert, der Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR bilde Gegenstand von Konsultationen unter den europäischen Neutralen, und nachdem nun Finnland auch mit der BRD einen Vertrag betr. Aufnahme diplomatischer Beziehungen auszuhandeln beginne - womit dann das Gleichgewicht zur DDR hergestellt sei und somit solchen diplomatischen Beziehungen zwischen Finnland und der DDR nichts mehr entgegenstehe - und sich auch in Stockholm einigsetue, dürfe er annehmen, dass auch in Bern die Frage geprüft werde (ich antwortete ausweichend, ich hätte keinen Grund, ihm zu widersprechen - in der Annahme, dass die Frage ja auch bei Ihnen wohl nicht zuunterst in der Schublade liegt).

Es ist klar, dass wir uns weder vom Drängen noch vom Locken der DDR betr. Aufnahme diplomatischer Beziehungen irgendwie aus dem seelischen Gleichgewicht bringen lassen sollen. Es war zu erwarten, dass die Handelsmission alsbald mit derartigen Vorstössen bearbeitet werden würde. Die Frage der diplomatischen Beziehungen ist einzig vom Gesichtspunkt unserer Interessen her zu beurteilen. Gerade in dieser Hinsicht hat nun aber die Paraphierung des Grundvertrages mit der BRD eine teilweise neue Lage geschaffen, und mehr als bisher gilt es, bei der Wahl des richtigen Zeitpunktes für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen bzw. in der Aufrechterhaltung unseres leichten Vorsprunges "to bet on the right horse", wenn wir aus der Geste der Anerkennung noch etwas für unsere eigenen Interessen herausholen wollen.

Wir gingen bisher davon aus, dass die DDR ein politisches Interesse an einer Anerkennung seitens der Schweiz besitze und dass wir dieses Interesse zu irgendwelchen Gegenkonzessionen in uns interessierenden Bereichen ausnützen könnten. Von diesen Prämissen geht auch unsere "Vereinbarung" betr. Austausch von Handelsmissionen aus. Heute gilt diese Rechnung schon nicht mehr als so sicher wie noch vor drei, vier Monaten; auch wenn der Grundvertrag DDR/BRD noch nicht unterzeichnet oder ratifiziert ist, bringt doch bereits die blosse Paraphierung eine gewisse völkerrechtliche Anerkennung der DDR als souveränen Staat mit sich (Beitritt zu UPU/UIT und zur UNO; vgl. separates Schreiben). So gesehen spielt die Möglichkeit, dass in den kommenden Wahlen in der BRD die heutige Opposition ans Ruder kommt und die Unterzeichnung oder Ratifizierung des Vertrages hinauszögern könnte, für die Zuerkennung völkerrechtlicher Souveränität an die DDR nur mehr eine sekundäre Rolle - abgesehen davon, dass die sozialdemokratischen Regierungen in den skandinavischen Staaten sich kaum ausgerechnet von der CDU/CSU die Gangart in der Frage der Anerkennung der DDR vorschreiben lassen werden (insbesondere die

- 3 -

Schweden dürften, uns gegenüber, einen akuten Nachholbedarf verspüren); und was die (von Aussenminister Winzer erwähnten) Verhandlungen Finnland - BRD in der Anerkennungsfrage betrifft, so glaubt man im hiesigen Aussenministerium "inoffiziell" zu wissen, dass diese einem Wunsch der Viermächte entsprechen (nicht ausgeschlossen angesichts der Haltung Nixons gegenüber der UdSSR) und noch vor dem Beginn der Konferenz in Helsinki am 22. November 1972 abgeschlossen sein sollen (wobei vielleicht eine Spur DDR-Wunschdenken mitspielt). - Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit uns ist deshalb für die DDR zwar nach wie vor erstrebenswert, aber ihr "Kurswert" ist bereits leicht gesunken.

(Wenn übrigens die Gleichung "diplomatische Anerkennung der DDR durch die Schweiz = Konzessionsbereitschaft der DDR gegenüber der Schweiz" schon heute nicht mehr ganz aufgeht - dies hier beiläufig - so besteht eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass sie im Falle eines weitem stoischen Zuwartens unsererseits nach einem allfälligen Wahlsieg der CDU/CSU mit daraus folgender Verzögerung der Unterzeichnung des Grundvertrages noch weniger aufgehen könnte: die Möglichkeit, in diesem Falle von andern Staaten - z.B. eben den skandinavischen - überrundet zu werden, ist keineswegs auszuschliessen, und damit würde dann unsere verspätete Anerkennung noch mehr an Verhandlungswert einbüßen, unserer Argumentation und Taktik "Anerkennung gegen Konzessionen" aber die Glaubwürdigkeit genommen. Wir stünden dann da als das, was wir stets zu vermeiden suchten, nämlich als ein Klientenstaat Bonns).

Die Frage unserer diplomatischen Anerkennung der DDR wird zweifellos seitens der DDR auch bei den kommenden "Experimentengesprächen" aufs Tapet gebracht werden, und wahrscheinlich mit grösserer Selbstsicherheit als bisher. (Aussenminister Winzer schlug anlässlich meines Besuches beiläufig vor, das gegenseitige Verhältnis nun hier oder in Bern weiterzudiskutieren; ich nahm zu diesem Vorschlag nicht Stellung). Es dürfte taktisch vorteilhaft sein, auf diese Wahrscheinlichkeit vorbereitet zu sein und, wenn wir uns schon nicht auf einen festen Zeitplan festlegen wollen, uns doch möglichst alle Optionen offenzuhalten und nicht dank allzugrosser und vigoroser Aengstlichkeit die Initiative entgleiten zu lassen.

Da ich, wegen der Ihnen bekannten Verzögerungen im Zusammenhang mit der Ausstattung und Möblierung der Mission, erst am 3. November 1972 meine Tätigkeit aufnehmen konnte und meinen eigentlichen Gesprächspartner im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Haupt, erst am späten Nachmittag

./.

- 4 -

des 8. November 1972 erstmals traf, ergab sich erst am Montag, den 13. November 1972, Gelegenheit, ihm anlässlich eines zweiten Besuches die von Ihnen gemäss Notiz vom 26. Oktober 1972 in Aussicht genommenen Termine für erste Expertengespräche in Berlin sowie die Zusammensetzung der schweizerischerseits vorgesehenen Delegation zu unterbreiten.

(Haupt gab bei diesem Anlass vor, von Herrn Strohmeyer über einen Ihrerseits vorgeschlagenen Termin "Ende Dezember" informiert worden zu sein; ich weiss nicht ob dies den Tatsachen entspricht oder ob es auf einem Irrtum beruht, habe aber jedenfalls auf Weihnachten und Neujahr hingewiesen und am Vorschlag "Ende November/anfangs Dezember" festgehalten).

Aus der Antwort Haupts - er werde den Termin den zuständigen Experten und Sachbearbeitern von Vermögensfragen unterbreiten, und es werde davon abhängen, wie weit letztere mit ihren Vorstudien bereits vorangekommen seien - ist zu entnehmen, dass man sich seitens der DDR ernsthaft mit dem uns interessierenden Problem beschäftigt (bzw. dabei ist, eine möglichst umfassende und lückenlose Verteidigung gegenüber unsern Ansprüchen aufzubauen).

Eine Stellungnahme zum vorgeschlagenen Termin steht im Moment noch aus.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

Schweizerische Handelsmission
Der Leiter:

Kaufmann

PS. Fernschreiber und Zubehör sind noch nicht installiert.